

ALLGEMEINES

Sozialverband kritisiert neue Arbeitsmarktinstrumente. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) befürchtet, dass der Erfolg der zum 1.4.2012 in Kraft getretenen Reform der Arbeitsmarktinstrumente durch die rigiden Sparvorgaben der Bundesregierung verhindert wird. So sollen von den im Rahmen des allgemeinen Kürzungsprogramms bis 2014 einzusparenden Mitteln von 80 Mrd. Euro allein 14 Mrd. durch die Bundesanstalt für Arbeit erbracht werden. Ab 2013 sollen die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik um jährlich 3 Mrd. Euro gekürzt werden. Zusätzlich werden der Bundesagentur für Arbeit zur Finanzierung der Kinderleistungen im Rahmen der Hartz-Reform jährlich bis zu 4,5 Mrd. Euro aus der ihr zustehenden Umsatzsteuer entzogen. Der SoVD befürchtet, dass durch diese Kürzungen besonders Personen belastet werden, die ohnehin geringere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. *Quelle: SoVD – Soziales im Blick 3/2012*

Inklusion vor Ort. Der Kommunale Index für Inklusion – ein Praxishandbuch. Hrsg. Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. Berlin 2011, 225 S., EUR 13,- *DZI-E-0156*

Inklusion heißt, Menschen willkommen zu heißen und niemanden auszuschließen. Dazu will dieses Buch beitragen: Mit vielfältigen Informationen und Anregungen hilft es den Menschen in der Kommune, Inklusion kennenzulernen und in der Gemeinschaft mit anderen zu leben. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem viele Fragen: Der „Index“ ist ein Fragenkatalog, der alle Bereiche der Kommune „hinterfragt“. Jede der Fragen ist ein Ausgangspunkt, um über Inklusion nachzudenken und selbst aktiv zu werden. Mitmachen kann jede und jeder: Inklusion heißt, sich auf vielen Wegen zu begegnen und auszutauschen, voreinander zu lernen, etwas zu bewegen und gemeinsam zu gestalten, sich miteinander zu vernetzen und Ressourcen zu entdecken. Bestellanschrift: Deutscher Verein, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/629 80-0, E-Mail: hally@deutscher-verein.de

Mehr Haushaltsmittel für Freiwilligendienste.

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. fordert eine fraktionsübergreifende Verständigung und einen neuen Gesellschaftsvertrag zu den Freiwilligendiensten, die als eine Form des bürgerschaftlichen Engagements wichtige Beiträge für die soziale Gemeinschaft und für eine demokratische Gesellschaft leisten. Die unerwartet hohe Nachfrage im Bundesfreiwilligendienst ist eine positive Entwicklung und zeigt die große Bereitschaft von Menschen aller Altersgruppen, sich freiwillig für die Gemeinschaft zu engagieren. Derzeit führt die Kontingentierung der Einsatzmöglichkeiten durch die Bundesregierung dazu, dass viele Interessierte abgewiesen werden müssen und über viele Monate nicht berücksichtigt werden können. Dies könnte sich dauerhaft nachteilig auf die Motivation von Freiwilligen, Einsatzstellen und Trägern auswirken. Die Politik muss die Weiterentwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen und gestalten und in einen neuen Gesellschaftsvertrag münden lassen. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins vom 22.3.2012*

Bundesregierung setzt auf schärferes Profil von Weltwärts.

Der entwicklungspolitische Freiwilligendienst „Weltwärts“ soll auf Basis der in einer Evaluation ausgesprochenen Empfehlungen fortgesetzt werden. Zu den Empfehlungen des Gutachtens gehören demnach unter anderem eine Schärfung des Profils des Programms sowie die verstärkte Einbeziehung von jungen Menschen mit Haupt- und Realschulabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung sowie von Menschen mit Behinderungen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion der Grünen im Bundestag weiter mitteilt, ist unter anderem ein System dauerhafter Qualitätsentwicklung und -überprüfung für den seit 2007 bestehenden Freiwilligendienst in Vorbereitung. Auch soll der Frage nachgegangen werden, wie bisher schwer erreichbare Zielgruppen einbezogen und die Zusammenarbeit mit den Rückkehrern intensiviert werden können. Eine Reduzierung der beteiligten

Über 30 Jahre dokumentierte Fachdiskussion

Über 30 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit



Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de

Entsendeorganisation ist nicht geplant. Allerdings ist mit der Entsendung von jährlich rund 4 000 Beteiligten eine weitgehende Marktsättigung erreicht. Dies gilt sowohl für die Nachfrage seitens geeigneter junger Menschen als auch für die Kapazitäten der Entsendeorganisationen. *Quelle: Heute im Bundestag vom 18.4.2012*

SOZIALES

Training im Betrieb hilft jungen Müttern. Betriebliche Trainingsmaßnahmen erhöhen laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) deutlich die Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Arbeitslosengeld-II-Empfängerinnen. Bei 18- bis 30-jährigen Empfängerinnen der Grundsicherung steigern betriebliche Trainingsmaßnahmen die Chancen auf eine reguläre Beschäftigung um mehr als 20 %. Sie bieten eine gute Gelegenheit, Arrangements für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vorfeld einer regulären Beschäftigung zu treffen. Aber selbst bei alleinstehenden Männern, die am wenigsten von betrieblichen Trainingsmaßnahmen profitieren, erhöhen sich die Beschäftigungschancen immerhin noch um 10 %. Schulische Trainingsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs haben dagegen eine wesentlich geringere Wirkung. Ohne betriebliche Trainingsmaßnahmen, Kurse oder Ein-Euro-Jobs sind nach zweieinhalb Jahren rund ein Drittel der alleinstehenden 18- bis 30-jährigen Empfängerinnen von Grundsicherung sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den Alleinstehenden sind die Beschäftigungsquoten der Männer und Frauen nahezu identisch. Wenn jedoch Partner und Kinder vorhanden sind, unterscheiden sie sich erheblich: Rund 40 % der jungen Männer mit Partnerin haben nach zweieinhalb Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Job, aber nur etwa 20 % der jungen Frauen mit Partner. Bei den jungen Frauen mit Partner und Kindern sind es sogar weniger als 15 %. Die IAB-Studie ist im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzer/2012/kb0612.pdf> zum Download bereit. *Quelle: Pressemitteilung des IAB vom 16.4.2012*

Minijobs als Armutsfalle. Als alarmierend bezeichnet der Sozialverband VdK Deutschland die laut Medienberichten niedrigen Rentenerwartungen für Frauen, die in Minijobs arbeiten. Wenn Frauen nach 45 Jahren Minijob einen Rentenanspruch von 140 Euro erwerben, sind viele von ihnen von Altersarmut bedroht. Daran ändern auch die Pläne zur Zuschussrente nur wenig, da diese nur diejenigen bekommen sollen, die zusätzlich privat vorgesorgt haben, was sich die meisten Minijobberinnen allerdings nicht leisten können. Damit Frauen zumindest einen Halbtagsjob oder besser eine Vollzeitbeschäftigung mit Familienarbeit und Kindererziehung vereinbaren können, verlangt der VdK einen konsequenten Ausbau bezahlbarer Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsschulen. Darüber hinaus werden regulierende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt verlangt, die eine Aufteilung von

einstigen Vollzeitstellen in viele Minijobs, wie sie von vielen großen Unternehmen zum Beispiel im Einzelhandel betrieben wird, verhindern. *Quelle: Pressemeldung des Sozialverband VdK Deutschland e.V. vom 28.3.2012.*

Armutsbekämpfung nach Plan. Die Sozialfürsorge in der SBZ/DDR 1945 bis 1990. Von Matthias Willing. Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. (DV). Berlin 2011, 107 S., EUR 19,80 *DZI-E-0207*

Wie konnte die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ) beziehungsweise die Deutsche Demokratische Republik (DDR) Massenarbeitslosigkeit und Elend nach dem Zweiten Weltkrieg überwinden? Wie war in dem System die Sozialfürsorge rechtlich geregelt, welche Hilfen und Leistungen umfasste sie? Wie entwickelten sich die Empfängerzahlen, gab es eine Arbeitspflicht und welche staatlichen Repressionsinstrumente existierten? Diese Studie stellt das Fürsorgesystem in der SBZ und DDR von 1945 bis 1990 und wesentliche Faktoren und Akteure seiner Entwicklung dar. Ausgewertet wurden zeitgenössische Tageszeitungen und Publikationen der Fürsorge und Wohlfahrtspflege, Gesetzblätter und statistische Unterlagen sowie anderes mehr. Es wird der komplexe Entwicklungsprozess der SBZ/DDR-Sozialfürsorge in seinen Grundzügen, wesentlichen Faktoren und Akteuren dargestellt und durch zeitgenössische Materialien dokumentiert. Bestellanschrift: DV, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Internet: www.deutscher-verein.de

GESUNDHEIT

Gesundheitsförderung bei Arbeitslosen. Arbeitslosigkeit stellt ein Gesundheitsrisiko dar und gesundheitliche Einschränkungen erschweren den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt. Arbeitslose Menschen tragen ein etwa doppelt so hohes Risiko zu erkranken wie Erwerbstätige. In den vergangenen Jahren wurden im Rahmen des Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ vielfältige Erfahrungen und Kenntnisse darüber gesammelt, wie die gesundheitliche Lage arbeitsloser Menschen verbessert werden kann. Der Verbund formuliert in einem Thesepapier die zentralen Qualitätserfordernisse für die Zusammenarbeit der Partner in den Kommunen. Das Papier steht im Internet unter der URL www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/gemeinsam-handeln-gesundheitsfoerderung-bei-arbeitslosen/?uid=ad851f8972c158c8b60f84a737a43343 zum Download bereit und kann in gedruckter Form unter der E-Mail: info@gesundheitsliche-chancengleichheit.de kostenlos bestellt werden. *Quelle: Newsletter Gesundheitliche Chancengleichheit – Ausgabe 4_2012*

SPD-Fraktion will Praxisgebühr abschaffen. Um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, beantragt die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Maßnahmen zur Verstärkung der hausärztlichen Ver-

sorgung. Die Zahl der Hausärzte nimmt mit jedem Jahr weiter ab, was auch mit der im Vergleich zu anderen Medizinerinnen und Medizinern deutlich schlechteren Honorierung zusammenhängt. Das ist eine besonders teure Fehlentwicklung, weil die Hausärztinnen und Hausärzte diejenigen wären, die verstärkt Vorbeugemedizin anbieten können. Zur Praxisgebühr von zehn Euro heißt es in dem Antrag, da auch Fachärzte als überweisende Ärzte nach Entrichtung der Gebühr eingesetzt werden könnten, sei eine Stärkung der hausärztlichen Versorgung ausgeblieben. Zudem sei nach einer anfänglichen Verärgerung der Versicherten ein Gewöhnungseffekt eingetreten. *Quelle: Heute im Bundestag vom 5.4.2012*

9. Deutscher Reha-Tag zu mehr Rehabilitation und Teilhabe. Unter dem Motto „Rechtzeitig Handeln: Reha – einfach teilhaben“ wird der Deutsche Reha-Tag in diesem Jahr umfassend über den Zugang zu Rehabilitation und Teilhabe aufklären. Am 22. September 2012 stellen Kliniken und Einrichtungen in ganz Deutschland Informationsmöglichkeiten, Leistungsansprüche und Antragswege vor. Gemeinsam wollen sie so zu mehr Transparenz bei Betroffenen, Ärztinnen und Ärzten, in Unternehmen und in der Politik beitragen. Der Deutsche Reha-Tag informiert auch darüber, welche Stellen Hilfe und Unterstützung anbieten – von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, dem Sozialdienst in Kliniken über Integrationsberatende zur beruflichen Rehabilitation bis zu Service-Stellen der Rehabilitationsträger. Anmeldungen sind ab sofort kostenlos möglich. Alle Kliniken und Einrichtungen der Rehabilitation, aber auch Leistungserbringer anderer Gesundheits- und Teilhabesicherungsbereiche, die mitmachen möchten und eine Aktion planen, können sich ab sofort im Internet unter www.rehatag.de anmelden. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Reha-Tages vom 2.4.2012*

Neues Health-EU-Portal online. Das offizielle Portal der Europäischen Union für öffentliche Gesundheit wurde neu gestaltet. Die Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher bietet über das Portal Informationen und Daten zu Fragen und Aktivitäten zur Gesundheit sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene. Das wichtigste Ziel besteht darin, den Bürgern und Bürgerinnen Europas einfachen Zugang zu umfassenden Informationen über Initiativen zur öffentlichen Gesundheit und zu Programmen auf EU-Ebene zu verschaffen. Das Portal ist unter der URL http://ec.europa.eu/health-eu/index_de.htm zu erreichen. *Quelle: Newsletter von Health-EU vom 19.4.2012*

JUGEND UND FAMILIE

Dresdner Internetplattform zum Kinderschutz. Seit dem Frühjahr 2012 unterhält die sächsische Landeshauptstadt eine Internetplattform zum Kinderschutz. Mit der Botschaft „Augen auf, Mund auf!“ sollen Men-

schen aktiviert werden, aufmerksam zu sein, wenn es um das Wohl von Kindern geht und zu handeln, wenn sie Gefährdungen vermuten. Auf der Internetseite sind alle wichtigen Informationen zu diesem Thema unkompliziert und zielgruppengerecht aufbereitet. Kinder und Jugendliche erfahren, wohin sie sich in Notsituationen wenden können und Eltern können sich über Hilfs- und Beratungsangebote informieren. Bürgerinnen und Bürger erfahren, was sie unternehmen können, wenn sie sich Sorgen um ein Kind machen. Die neue Plattform kann im Internet unter der URL www.dresden.de/kinderschutz aufgerufen werden. *Quelle: Städtetag Aktuell 3/2012*

Heimerziehung in Berlin. West 1945-1975; Ost 1945-1989. Annäherungen an ein verdrängtes Kapitel Berliner Geschichte auf Grundlage weiterer Aufarbeitung. Redaktion Gangway e.V. im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin. Eigenverlag. Berlin 2011, 256 S., EUR 9,90 *DZI-E-0142* Im November 2010 beschloss das Abgeordnetenhaus von Berlin, die Heimsituation in der Nachkriegszeit durch „Aufklärung des Schicksals von ehemaligen Berliner Heimkindern, Fürsorgezöglingen, Schülerinnen und Schülern und die Benennung einer Anlaufstelle für Opfer von Gewalt und Missbrauch“ in Erfahrung zu bringen und durch Information und Wissenssicherung zur Kenntnis und öffentlichen Bewusstseinsbildung beizutragen. Die vorliegende Zusammenstellung ist ein Einstieg in die Ausarbeitung der damaligen Heimerziehung in Berlin. Ausdrücklich will sich diese Dokumentation mit der geschichtlichen Entwicklung der Heimsituation in beiden Teilen der Stadt beschäftigen. So unterschiedlich die gesellschaftliche Entwicklung der Jugendhilfe in Ost und West verlief, so findet sich doch Vergleichbares, was das erlittene Leid und Unrecht der Einzelnen im Alltag der Heimerziehung betrifft. Die Zusammenstellung beschreibt die Ausgangslage der Nachkriegsentwicklung, die institutionellen Bedingungen, die Rechtsgrundlagen und das Rechtsbewusstsein. Aber sie schildert auch die Veränderungsprozesse der Berliner Heimkampagne der 1970er-Jahre und widmet sich am Ende der Frage, was ehemaligen Heimkindern hilft und wie sie unterstützt werden können. Vertrieb für den Buchhandel: www.bugrim.de; Vertrieb für Privatkunden: www.jugendkulturen.de

Ratgeber häusliche Pflege. Der Familienpflegeratgeber des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums mit umfassenden Informationen für Pflegenden und pflegebedürftige Menschen wurde neu aufgelegt und ist ab sofort kostenfrei zu beziehen. Der Ratgeber ist 160 Seiten stark und nennt Unterstützungsangebote für Familien bei der häuslichen Pflege, Anlaufstellen bei besonderen Pflegesituationen und informiert über Leistungen der Pflegeversicherung. Den Hilfen bei Demenz ist ein eigenes Kapitel gewidmet, das sowohl die Symptomerkenkung als auch Kontaktadressen der Gedächtnisambulanz und weiterführender Unterstützungsangebote enthält.

Auch das Thema der rechtlichen Vorsorge, wie Betreuungsverfügung oder Vorsorgevollmacht, wurde in einem eigenen Kapitel aufgenommen. Darüber hinaus werden die 135 Pflegestützpunkte im Land vorgestellt, die betroffenen Menschen bei Pflegebedürftigkeit ortsnahe und umfassende Hilfen aus einer Hand anbieten und – auf Wunsch – Familien auch zuhause beraten. Der Familienpflegeratgeber kann kostenfrei über das Internet unter www.msagd.rlp.de oder per Post beim Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, bestellt werden. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz vom 4.4.2012*

Kinderrechtskonvention. In einer gemeinsamen Presseerklärung haben sich das Aktionsbündnis Kinderrechte und die National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland ausgesprochen. Auch 20 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention sind die international geltenden Kinderrechte in Deutschland noch immer weitgehend unbekannt. Die Bekanntmachung der Kinderrechte ist jedoch eine der Verpflichtungen aus der Konvention, die in Deutschland noch immer nicht vollständig umgesetzt wurde. Dies kritisierten das Aktionsbündnis und die National Coalition anlässlich des 20. Jahrestages der Ratifizierung am 5. April 2012. Weitere Informationen sind im Internet unter der URL http://www.bhponline.de/download/public/1xxxverband/1600-aktuelles/1600-20120411_120404_Pressemitteilung.pdf abrufbar. *Quelle: BHP-Newsletter vom 20.4.2012*

Leitsätze für familienbewusste Arbeitszeiten.

Das Bundesfamilienministerium und Wirtschaftsverbände haben auf dem Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie 2012“ in Berlin ihre gemeinsamen Leitsätze für eine flexible und familienbewusste Arbeitszeitkultur in deutschen Unternehmen vorgestellt. Die Veranstaltung knüpft an die im vergangenen Jahr verabschiedete Charta für familienbewusste Arbeitszeiten an, in der sich Politik und Wirtschaft auf ein gemeinsames Engagement für innovative und moderne Arbeitszeitmodelle verpflichtet haben. Die gemeinsam erarbeiteten Leitsätze zielen insbesondere auf flexible Arbeitszeitmodelle, die Kompatibilität von Führungsverantwortung und Familienverantwortung und mobiles Arbeiten. Der Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie 2012“ ist das jährliche Mitgliedertreffen des gleichnamigen Unternehmensnetzwerks, das 2006 vom Bundesfamilienministerium und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag als zentrale Plattform für familienfreundliche Unternehmen gegründet wurde. Mittlerweile sind über 4000 Mitglieder im Netzwerk aktiv. Weitere Informationen sind unter www.erfolgsfaktor-familie.de im Internet abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 23.4.2012*

AUSBILDUNG UND BERUF

Weiterbildung zur Sexualpädagogik. Das Institut für Sexualpädagogik (isp) bietet in Deutschland seit 1989 jährlich eine sexualpädagogische Weiterbildung an. Im November 2012 beginnt in Remagen der nächste Durchgang. Die Weiterbildung richtet sich an Personen, die in der Präventions- und Bildungsarbeit, in der Beratung, Erziehung oder Pflege tätig sind und sich für den alltäglichen Umgang mit Sexualität in ihren Institutionen oder für die geplante sexualpädagogische Arbeit mit bestimmten Zielgruppen qualifizieren möchten. Die neunteilige Weiterbildung schließt mit einem Kolloquium einschließlich einer Prüfung ab. Nach erfolgreichem Abschluss erfüllen die Absolventinnen und Absolventen die Anforderungen der Gesellschaft für Sexualpädagogik (gsp) an Theorie-Unterrichtsstunden und Praxisreflexion, um das Qualitätssiegel der gsp beantragen zu können. Weitere Informationen über die Themen und Termine der Weiterbildungsblöcke, Kosten, Rahmenbedingungen und die Möglichkeit zur Online-Anmeldung sind im Internet unter der URL [isp-Weiterbildung Sexualpädagogik](http://isp-weiterbildung.de) abrufbar. *Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Sexualpädagogik vom 30.3.2012*

Studie zu Gehältern von Führungskräften. Im April 2012 wurde durch die contec GmbH und den Rhein-AhrCampus der Fachhochschule Koblenz zum fünften Mal eine anonyme Befragung zur Vergütungssituation von Führungskräften in der Sozialwirtschaft durchgeführt. Im Rahmen dieser bundesweiten wissenschaftlichen Studie wurden Vorstände, Geschäftsführungen, Regional-, Bereichs- und Einrichtungsleitungen aus allen Bereichen der Sozialwirtschaft zu ihrer aktuellen Gehaltssituation und ihrer momentanen Zufriedenheit befragt. Es wurde unter anderem nach den Durchschnittseinkommen je Position und deren Zusammenhang mit der Berufserfahrung, dem Bildungsabschluss oder dem Geschlecht gefragt. In diesem Jahr legt die Studie zudem einen besonderen Schwerpunkt auf die immateriellen Faktoren der Arbeitsplatzattraktivität und geht der Frage nach, welche Einflussfaktoren neben der monetären Vergütung für einen Arbeitsplatz sprechen. Anknüpfend an die vier Vorgängerstudien erfolgt neben der Betrachtung der aktuellen Situation auch eine Analyse von Entwicklungen der letzten Jahre, um aufbauend darauf mögliche Trends für die Zukunft abzuleiten. Die Studie kann unter der URL <http://www.rheinahrcampus.de/Prof-Dr-Gabriele-Moos.1389.0.html?L=0> angefordert werden. *Quelle: dcgs-Newsletter vom 5.4.2012*

Heilpädagogisches Handeln. Mutig gegen Ausgrenzung! Tagungsbericht 2010. Hrsg. BHP Verlag – Berufs- und Fachverband. Berlin 2011, 164 S., EUR 15,- zzgl. Versandkosten *DZI-E-0106*
Jede Heilpädagogin und jeder Heilpädagoge kann berichten, dass die Hilfebedürftigkeit sowohl in der

Jugendhilfe, in der Behindertenhilfe als auch im Bereich des Alters wächst. Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und Ausgrenzung bewies, dass Politik und Wissenschaft sich der zunehmend schlechteren Lage von ausgegrenzten Menschen bewusst sind und dem entgegenwirken wollen. Die Fachtagung des Berufs- und Fachverbandes Heilpädagogik 2010 in Berlin war diesem Thema gewidmet. Es wurden Missstände im beruflichen Umfeld von Heilpädagogen und -pädagoginnen untersucht und zugleich Wege beschritten, den Menschen in der Praxis wirksame Unterstützung und Begleitung zu geben. Die reflektierende Heilpädagogik sucht nach zukunftsfähigen Lösungen für die greifbaren Probleme der Ausgrenzung von Menschen aus Familien, Gruppen und Gesellschaftsformen. Bestellanschrift: BHP-Verlag, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel. 030/40 60 50 60, E-Mail: info@bhponline.de

Ein Jahr Bildung bringt fünf Prozent mehr Einkommen. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erhöht jedes Jahr, das zusätzlich in Schule, Ausbildung oder Studium investiert wird, das spätere Einkommen um durchschnittlich 5 %. Knapp 14 Jahre haben die deutschen Beschäftigten durchschnittlich im Bildungssystem verbracht, also in der Schule, in der Berufsausbildung oder im Studium. Rein rechnerisch bringt jedes Jahr 5 % mehr Lohn. Ein Beschäftigter, der 16 Jahre in seine Bildung investiert hat, hat also über das ganze Erwerbsleben hinweg im Durchschnitt ein um 25 % höheres Einkommen zu erwarten als jemand, der das Bildungssystem nach elf Jahren verlassen hat. Dabei handelt es sich natürlich nur um rechnerische Durchschnittswerte: Wer nach drei Jahren sein Studium ohne Abschluss abbricht, profitiert weniger als jemand, der seinen Abschluss macht. Bummelstudenten verdienen nicht mehr als andere Studierende und Sitzenbleiber nicht mehr als diejenigen, die ohne Wiederholung das Schulsystem durchlaufen. Frauen und Männer erzielen in Deutschland in etwa die gleiche Bildungsrendite. In anderen Ländern gibt es dagegen häufig geschlechtsspezifische Unterschiede: Meist profitieren Frauen stärker als Männer von mehr Bildung. Die Berechnungen des IAB beziehen sich auf das Einkommen während des gesamten Erwerbslebens. Sie berücksichtigen nicht nur die Brutto-Löhne, sondern auch das Steuer- und Abgabensystem, die durchschnittliche Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf unter Berücksichtigung von Arbeitslosigkeit und Familienpausen sowie staatliche Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung und Elterngeld. Die IAB-Studie ist im Internet unter der URL <http://doku.iab.de/kurzber/2012/kb0512.pdf> zum Download bereit. *Quelle: Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 4.4.2012*

14.-15.6.2012 Berlin. Fachtagung der Arbeitsgruppe Jugendhilfe: Lotsen im Übergang. Rahmenbedingungen und Standards bei der Gestaltung von Übergängen für Pflegekinder. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136; E-Mail: agfj@difu.de

14.-15.6.2012 Weimar. Fachtagung zu Migration und Wohnungslosigkeit: Hilfen für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Migranten. Information: BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Sudbrackstraße 17, 33611 Bielefeld, Tel.: 05 21/14 39 6-0, E-Mail: info@bagw.de

18.6.-20.6.2012 Brüssel. Seminar: Das soziale Europa in der Krise? Networking und Interessensvertretung in Brüssel. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

22.6.2012 München. Fachmesse zum Einstieg in den Pflegeberuf: Karrieretag Pflege dual – Zukunft gestalten. Information: Hochschule München, Frau Sonja Baumer, Lothstraße 64, 80335 München, Tel.: 089/12 65-14 78, E-Mail: sonja.baumer@hm.edu

23.6.2012 Kassel. Fachtagung zur Kunst im Sozialen: CREA_SPACES: Transformation – Kunst – Biografie. Information: FaBia e.V., Thomas Schollas, Yorckstraße 5, 24105 Kiel, Tel.: 04 31/33 21 86, E-Mail: schollas.markert@t-online.de

25.-27.6.2012 Berlin. 3. Kongress für Lehrende und Studierende in Pflege und Assistenz. Zukunft: pflegen + begleiten. Information: Deutscher Evangelischer Krankenhausverband e.V., Reinhardtstraße 18, 10117 Berlin, Tel.: 030/80 19 86-0, E-Mail: info@zukunft-pflegen-und-begleiten.de

25.6.-27.6.2012 Erkner. Seminar für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlicher und freier Sozialleistungsträger: Aktuelle leistungsrechtliche Fragen des SGB II. Information: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

29.6.-1.7.2012 Mengkufen. Fachtagung: Screening Age Medienbilder – Stereotype – Altersdiskriminierung. Information: Gesellschaft, Altern, Medien e.V. (GAM), c/o Zentrum für Medien und Kommunikation, Emil-Fuchs-Straße 1, 04105 Leipzig, E-Mail: schorb@uni-leipzig.de

7.-8.7.2012 Bad Boll. Fachseminar: Empathie – was ist das? Empathie als ein Schlüssel zum Verständnis des Menschen. Information: Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel.: 07 164/79-0, E-Mail: info@ev-akademie-boll.de